

Hofheim, 20. Oktober 2023

Sozialleistungen: Zahlen auf Rekordhoch

Bericht 2021/22: Mehr als 14.000 Menschen im Bezug – Zahl der Nichtdeutschen gestiegen

Mehr als 14.000 Menschen im Main-Taunus-Kreis haben Ende 2022 Sozialleistungen bezogen. Wie Kreisbeigeordneter Johannes Baron weiter mitteilt, ist die Zahl der Nichtdeutschen dabei deutlich gestiegen. Bei der Vorlage des Sozialberichtes 2021/22 wies der Sozialdezernent außerdem auf einen steigenden Bedarf von so genannten Teilhabeassistenzen in der Bildung hin. Die Zahl der Menschen, die der Kreis in Arbeit vermitteln konnte, lag bei etwas mehr als 2000.

Dem Bericht zufolge bezogen Ende 2022 insgesamt 14.225 Menschen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und XII, das ist der höchste Wert seit 2005. Im Jahr 2021 waren es 12.729 gewesen.

Gewachsen ist gleichzeitig auch die Zahl der nichtdeutschen Hilfeempfänger – von 5966 im Jahr 2020 über 5963 im Jahr 2021 auf 7795 im Jahr 2022. „Das ist ein eklatanter Anstieg“, fasst Baron zusammen. „Das zeigt, dass die Integration angesichts des Zuwachses von Menschen mit Migrationshintergrund, etwa den Flüchtlingen, nicht Schritt halten kann.“ Das lasse sich besonders an der Zahl der Ukraine-Flüchtlinge ablesen: Vor dem Krieg hätten rund 74 Personen aus der Ukraine Leistungen erhalten, 2022 seien es 1791 gewesen. In den Main-Taunus-Kreis seien deutlich mehr Menschen aus der Ukraine angekommen als in manchen anderen Kreisen der Region.

Auch die Kosten der Unterkunft belasteten den Kreis immer mehr, rechnet Baron vor: Ein Viertel würde vom Bund nicht erstattet, „damit verbleiben mehr als 8,5 Millionen Euro beim Kreis.“

Hingegen habe die Corona-Pandemie auf die Zahlen kaum eine Auswirkung gehabt. Offenbar hätten Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld gegriffen und verhindert, dass Menschen dauerhaft Sozialleistungen beantragen mussten.

Auf eine weitere Entwicklung weist der Sozialdezernent bei den Teilhabeassistenzen hin. Von 2017 stieg die Zahl von Personen, die vom Kreis Leistungen für die Teilhabe an Bildung erhielten, von 191 auf 372. Damit wuchsen die Kosten für den Kreis von rund 3,5 Millionen auf 9,3 Millionen Euro. Hintergrund sind auch die Änderungen bei der Zuständigkeit. 2020 hatte der Kreis vom Landeswohlfahrtsverband auch jene Eingliederungsmaßnahmen übernehmen müssen, die bislang nicht zu seinen Aufgaben gehörten.

Die Zahl der Personen, die der Main-Taunus-Kreis in Arbeit vermitteln konnte, ist nach Angaben des Sozialdezernenten im vergangenen Jahr gegenüber 2021 leicht gesunken – von 2199 auf 2026. Damit hat sie in etwa das Niveau des Jahres 2020 erreicht, das 2080 betragen hatte.

Der Sozialbericht 2021/2022 ist auf den Internetseiten des Kreises unter www.mtk.org abrufbar.